

751/J XXII. GP

Eingelangt am 12.08.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Wimmer, Marianne Hagenhofer, Mag. Barbara Prammer, Bettina Stadlbauer, Rosemarie Schönpass, Oberhaidinger, Keck, Schöpf, Krist, Ing. Gartlehner, Mag. Gassner und GenossInnen an den Bundesminister für Inneres betreffend negativer Entwicklung der inneren Sicherheit in Oberösterreich

Die Personalvertreter der oberösterreichischen Exekutive befürchten aufgrund des ständig steigenden Arbeitsanfalls, eine weitere negative Entwicklung der inneren Sicherheit. Wegen des permanent herrschenden Personalmangels und der stark ansteigenden Kriminalität kommt es in vielen Bereichen zu personellen Engpässen. Nun haben Sie auch noch eine drastische Kürzung bei den Überstunden angeordnet.

Als ein Grund für diese Kürzungen wird Ihr hoher Aufwand für Reisekosten und Einladungen genannt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Warum haben Sie mit Erlass ZI. 2403/641-II/1/03 vom 15. Juli 2003 eine sehr restriktive Vorgangsweise bei der Anordnung von Überstunden in der gesamten Sicherheitsexekutive angeordnet?

2. Werden durch diese Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern Besetzungen von Polizeiwachzimmern und Gendarmerieposten reduziert?

3. Welche Dienststellen sind dadurch zur Tages- oder Nachtzeit unbesetzt oder nur mit einem Beamten oder einer Beamtin besetzt?
4. In welchen Städten und Bezirken im Bundesgebiet, insbesondere jedoch in Oberösterreich kommt es dadurch zur Reduktion von Schwerpunktcontrollen in Bereichen wie Alkohol im Straßenverkehr oder Suchtmittelmißbrauch?
5. Welche Überwachungs- und Inspektionsdienste werden in den einzelnen Städten und Bezirken des Bundesgebiets, insbesondere in Oberösterreich, dadurch nicht mehr durchgeführt?
6. Wie wirken sich die Kürzungen der Überstundenkontingente auf den Kriminaldienst von Gendarmerie und Polizei, insbesondere in Oberösterreich, aus?
7. Wie hoch war Ihr Reiseaufwand für Dienstreisen im In- oder Ausland in den Jahren 2000, 2001, 2002 und im 1. Halbjahr 2003?
8. Bei welchen Reisen haben Sie Linienflüge genutzt und bei welchen wurden Luftfahrzeuge extra für Sie gechartert oder angemietet?
9. Wie hoch waren die Kosten für Sonderflüge außerhalb des Linienverkehrs und wie viele Personen sind jeweils mit Ihnen gereist?
10. Bei welchen Unternehmen chartern oder mieten Sie die Luftfahrzeuge an?
11. Handelt es sich dabei auch um Unternehmen, die zur Unternehmensgruppe von Frank Stronach gehören?
12. Zu wie vielen Empfängen und sonstige Veranstaltungen haben Sie im Jahr 2002 und im 1. Halbjahr 2003 eingeladen und wie hoch waren die Kosten für die einzelnen Veranstaltungen?
13. Wie hoch war Ihr Repräsentationsaufwand in den Jahren 2000, 2001, 2002 und im 1. Halbjahr 2003?
14. Aus welchen Budgetposten bestreiten Sie diesen Aufwand und wie wirken sich diese Kosten auf die für die Sicheritsexekutive zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aus?

15. Im Herbst 2002 haben Sie mit der oberösterreichischen Landesregierung vereinbart, im Falle von bedeutenden Veränderungen in der inneren Sicherheit, mindestens jedoch einmal jährlich, Sicherheitsgespräche mit der oberösterreichischen Landesregierung abzuhalten. Nun ist die Zahl der angezeigten Straftaten im Jahr 2002 in Oberösterreich um 9,1 % gestiegen und Sie planen die Zusammenlegung von Gendarmerie, Polizei und Zollwache. Beides wesentliche Veränderungen im Sicherheitsbereich. Wann finden daher die nächsten Gespräche mit der oberösterreichischen Landesregierung statt?